



Große Tarifkommission: Offensiv der Krise begegnen

Arbeitsplätze sichern und Perspektiven bieten

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist flächendeckend in den Betrieben der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie angekommen, aber längst kein Grund für Entlassungen und Druck auf Arbeitnehmerinkommen. Jetzt ist auch die Verantwortung der Arbeitgeber gefragt. Politik und Tarifparteien haben ihren Beitrag geleistet.

»Wie in jeder Krise wird auch in dieser den Beschäftigten die Rolle der Opfer zugewiesen. Das können und wollen wir nicht akzeptieren«, so IG Metall Bezirksleiter Jörg Hofmann auf einer Sitzung der Großen Tarifkommission. »Gegen die soziale Kälte einer Abwälzung der Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten steht unsere gewerkschaftliche Solidarität. Daher werden wir nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Öffentlichkeit gemeinsam gegen Entlassungen kämpfen.«

Das von der Regierung beschlossene Konjunkturpaket II greift zahlreiche Forderungen der IG Metall zum Schutz von Arbeitsplätzen auf. Es geht tendenziell in die richtige Richtung, springt aber in Teilen zu kurz (s. Kasten auf Seite 3). Und die Tarifvertragsparteien haben in den letzten Jahren genügend Flexibilität geschaffen, diese Krise ohne Entlassungen und ohne massive

Eine offensive Krisenstrategie:

- Entlassungen verhindern
- Arbeitseinkommen und Arbeitsbedingungen sichern
- Zukunftschancen durch Ausbildung und Qualifikation stärken
- Neuregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte
- Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung

Eingriffe in Arbeitnehmerinkommen zu überstehen.

Auf krisenbedingte Kündigungen verzichten

Hofmann forderte von den Unternehmen auf krisenbedingte Kündigungen zu verzichten. »Jetzt müssen die Unternehmen zeigen, ob sie ihrer Verantwortung für die Beschäftigten gerecht werden oder ob es sich um blanke Lippenbekenntnisse handelt.«

Die Unternehmen müssten alle Möglichkeiten ausschöpfen um Arbeitsplätze zu sichern und damit den Menschen Perspektiven bieten. »Es gibt kein Grundrecht auf eine schwarze Null in der Bilanz. Aber es gilt das Grundrecht, wonach Eigentum dem Gemeinwohl verpflichtet ist.« Die Unternehmen dürften jetzt die Krise nicht weiter anheizen, indem sie Beschäftigungsängste bei den Belegschaften schürten, so Hofmann weiter.

Qualifizieren

Dort wo die Krise zuschlug und Kurzarbeit eingeführt werden müsse, solle die Zeit für Qualifizierung genutzt werden. Hofmann: »Wir müssen die Kompetenzen der Beschäftigten nutzen und ausbauen um möglichst schnell und reibungslos zu guter wirtschaftlicher Entwicklung zurück zu kommen.« Hierzu gehöre auch, dass es keine Abstriche bei den Ausbildungsplätzen und der

Übernahme der Auszubildenden gäbe.

Arbeitseinkommen sichern

Mit Protest reagierte die Große Tarifkommission auf Vorschläge von Südwestmetall, jetzt das Niveau der Sicherung von Arbeitseinkommen insbesondere bei Kurzarbeit zu senken. »Es geht jetzt darum, in der Krise Perspektiven für die Metall- und Elektroindustrie zu sichern. Das heißt Fragen nach dem Erhalt der Fachkräfte und des Fachkräftenachwuchses zu beantworten und in den Betrieben Flexibilität zeigen um Beschäftigung zu sichern. Aber Südwestmetall fällt in einem solchen Moment nichts besseres ein, als die alte Litanei von Absenkung tariflicher Standards und Abbau von Schutzrechten aus der Mottenkiste zu holen. Es ist der IG Metall zu danken, dass nicht jeder Blödsinn Realität wird.«

ARBEITSPLÄTZE SICHERN

PERSPEKTIVEN BIETEN

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN



»Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen«

Die Krise und ihre Folgen. Damit beschäftigt sich eine aktuelle Umfrage der IG Metall im Südwesten, die vergangene Woche auf einer Sitzung der Großen Tariff Kommission in Böblingen vorgestellt wurde. Befragt wurden Betriebsräte in insgesamt 119 Betrieben mit über 310.000 Beschäftigten.

Umsatzrückgang und Auftragseinbrüche

Spürbar werden die Auswirkungen durch Rückgänge bei Aufträgen, Umsätzen und Produktion. In 80 Prozent der Betriebe hat sich die Auftragslage verschlechtert. Über 60 Prozent geben an, die Produktion sei momentan

nicht ausgelastet. Ebenso viele beklagen deutliche Umsatzrückgänge.

Kurzarbeit als probates Mittel

In vielen Betrieben sind die Gutachten auf den Zeitkonten inzwischen deutlich im Minus. In etwa 60 Prozent der Betriebe wird derzeit bereits Kurzarbeit gefahren oder für die nächste Zeit erwartet. Allerdings rechnen auch 40 Prozent der Betriebe derzeit nicht mit Kurzarbeit, bei den Maschinenbauern liegt dieser Wert sogar noch höher, bei 60 Prozent. In Betrieben mit Kurzarbeit ist die Arbeitszeit im Schnitt um 25 bis 50 Prozent reduziert. Als Chance

zur Qualifizierung wird Kurzarbeit derzeit noch zu wenig genutzt. Bei fast 40 Prozent der Betriebe gibt es gar keine Qualifizierung, in 45 Prozent zumindest teilweise.

Leiharbeiter als erste Opfer der Krise

Außerdem hat die Umfrage ergeben, dass Leiharbeiter die ersten Opfer der Krise waren. Seit Beginn des Abschwungs haben fast 70 Prozent der befragten Betriebe sich von den vorhandenen Leiharbeitern getrennt.

Sorge um den Arbeitsplatz nimmt zu

Damit einher geht die allgemeine Sorge um den Verlust von Arbeits-

plätzen. In über 50 Prozent der Betriebe rechnen die Befragten auch mit einer Reduzierung der Stammebelegschaften. In 17 Prozent der Betriebe scheint dies kein Thema zu sein.

Wenige wollen Tarifierhöhung verschieben

Die laut Tarifvertrag unter bestimmten Bedingungen mögliche Verschiebung der im Mai fälligen zweiten Stufe der Tarifierhöhung spielt eine geringe Rolle. Lediglich ein Viertel der Betriebe denkt derzeit über eine Verschiebung nach. In über 50 Prozent der Betriebe spielt sie keine Rolle. Über ein Drittel rechnet mit Druck auf geltende Tarifstandards.



Wolfgang Breuer, Bevollmächtigter in Tauberbischofsheim: »275 Leute sollen bei Wein rausfliegen und gleichzeitig fordert die Firma die Abschaffung von tariflichen Schutzrechten, wie zum Beispiel den Kündigungsschutz für Ältere.«



Walter Doberer, Acument in Schrozberg: »Das Unternehmen wollte schon die erste Tarifierhöhung verschieben, die zweite gar nicht erst auszahlen. Das Urlaubsgeld wollen sie auch kassieren. Die Beschäftigten sollen wohl die Zeche allein zahlen - hier müssen wir klare Grenzen setzen.«



Horst Schuetz, Kaco in Neckarsulm »Wir haben flächendeckend Kurzarbeit zwischen 20 und 50 Prozent. Trotzdem war es uns wichtig, dass alle Auslerner jetzt im Januar und Februar übernommen werden können.«



Gerd Duffke, Trumpf in Ditzingen: »Ein großes Problem dabei ist, dass die Banken unseren Kunden die Maschinen nicht ausreichend finanzieren – das ist ein Fehler der Banken. Es ist Zeit, uns politisch einzumischen und diejenigen, die die Krise verursacht haben, auch an den Pranger zu stellen.«



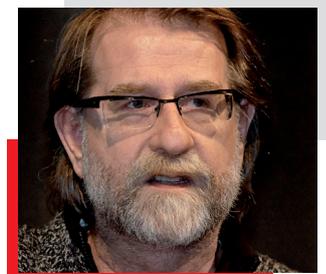
Giovanni Conforti, Index in Esslingen: »Gemeinsam mit der IG Metall wenden wir uns entschlossen gegen Entlassungen. Diese Solidarität ist wichtig, damit wir in den Betrieben nicht weiter unter Druck kommen.«



Ernst Färber, Siemens in Bruchsal: »Dass Siemens jetzt das SEAS-Werk mit 180 Arbeitsplätzen schließen will, hat überhaupt nichts mit der Finanzkrise zu tun. Das ist allein ein Fehlverhalten auf Unternehmenseite.«



Thorsten Dietter, Bosch in Reutlingen: »Wir müssen den Schuldigen an der Krise ein Gesicht geben. Die Kolleginnen und Kollegen merken jetzt deutlich, dass sie ohne die IG Metall verloren sind.«



Siegfried Hubele, Huber in Öhringen: »Keiner von uns ist daran schuld, dass die Krise gekommen ist. Es ist wichtig, dass keiner allein marschiert und wir aktiv um jeden Arbeitsplatz kämpfen.«

Die IG Metall im Einsatz für die Beschäftigten

Wie reagiert die IG Metall in Baden-Württemberg auf die Krise? Bewähren sich jetzt die Standortsicherungsverträge?

Zwei Beispiele:

Mit der Initiative »Einsatz für Alle« unterstützt die **IG Metall Gaggenau** gezielt prekär Beschäftigte unter ihren Mitgliedern. Dazu gehört u.a. die Beschaffung und Prüfung von Arbeitszeugnissen ebenso wie die Unterstützung beim Dialog mit der Agentur für Arbeit. Auf diese ersten Schritte sollen weitere, mittelfristig angelegte Maßnahmen folgen. Zwischen-

zeitlich wurde auch die so genannte „Rastatter Erklärung“ unterzeichnet, in der an alle gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch handelnden Akteure appelliert wird, gemeinsam und offensiv der Krise zu begegnen. Zu den Unterzeichnern gehören

neben der IG Metall Gaggenau auch die Agentur für Arbeit, die Bezirksgruppe Karlsruhe des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, die SPD-Bundestagsabgeordnete Nicolette Kressl sowie der Landrat Jürgen Bäuerle. Die **IG Metall Esslingen** will

zusammen mit anderen regionalen Akteuren an alternativen Konzepten für Betriebe mit Problemen arbeiten. Entlassungen sollen verhindert, bei Kurzarbeit müsse qualifiziert und bei der Ausbildung dürfe nicht gestrichen werden.

ARBEITSPLÄTZE SICHERN

PERSPEKTIVEN BIETEN

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN



Bezirk
Baden-Württemberg

Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Die Richtung stimmt, das Volumen nicht

Gewerkschaften, Unternehmen, Politik und Ökonomen sind sich ausnahmsweise einig: Wir brauchen zur Bewältigung der Krise ein Konjunkturprogramm, das die Nachfrage stabilisiert und das Konsumverhalten stärkt. Viele Maßnahmen im Konjunkturpaket II der Bundesregierung greifen Forderungen aus dem im Dezember 2008 vorgestellten 7-Punkte-Programm der IG Metall auf. Die Richtung stimmt also. Aber die Maßnahmen reichen im Volumen nicht aus, greifen zu spät, führen nicht automatisch zu mehr Nachfrage und sind verteilungspolitisch unausgewogen.

Das 7-Punkte-Programm der IG Metall	Maßnahmen der Regierung	Bewertung der IG Metall
Zukunftsfonds „Arbeit - Bildung - Umwelt“ in Höhe von 100 Milliarden Euro für 3-4 Jahre einrichten. Finanziert werden sollen u.a. kommunale Projekte für Umwelt, Bildung und Infrastruktur. Außerdem Länderprojekte für Bildung und Forschung.	Der Bund stellt für die Jahre 2009 und 2010 zusätzlich 14 Milliarden zu Verfügung.	Die öffentlichen Investitionen werden grundsätzlich begrüßt, sind aber zu gering.
Entlassungen verhindern: Konjunktur-Kurzarbeit offensiv nutzen und mit Qualifizierung verbinden.	Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte in Kurzarbeit. Vereinfachte Regelungen für Kurzarbeit.	Die Forderungen der IG Metall wurden weitgehend aufgenommen.
Umweltprämie in Höhe von 3.000 € und zusätzliche Förderung bei Kauf eines Neuwagens durch den Hersteller in Höhe von 1.500 €.	Umweltprämie von 2.500 €, Umstellung der Kfz-Besteuerung mit Emmissionsbezug, zusätzliche 500 Millionen Euro für Mobilitätsforschung für 2009 und 2010.	Damit wurde eine Forderung der IG Metall aufgegriffen. Die so genannte Abwrackprämie schafft Kaufanreize.
Unternehmensfinanzierung gewährleisten: Bürgschaftsrahmen der KfW erweitern, Banken in die Pflicht nehmen, Finanzierungsfonds für Zulieferernetzwerke.	Um die Finanzierung der Unternehmen sicherzustellen, stellt der Bund einen Bürgschaftsrahmen zur Verfügung und legt ein zusätzliches Kreditprogramm auf. Außerdem werden weitere Millionen € für den Mittelstand bereit gestellt.	Auch hier wurde eine Forderung der IG Metall aufgegriffen. Allerdings werden die Banken zu wenig in die Pflicht genommen, die Finanzierung der Unternehmen auch sicherzustellen.
Konjunktur stabilisieren: Konsumschecks in Höhe von 250 € für Personen, deren Einkommen 3.675 € nicht überschreitet. Zudem sollen die Regelsätze für Hartz IV-Bezieher deutlich angehoben werden.	Alle Bezieher von Kindergeld erhalten eine Einmalzahlung von 100 €.	Die Maßnahme ist gesellschaftspolitisch positiv zu bewerten. Wichtig wäre eine deutlichere Anhebung der Hartz IV-Regelsätze gewesen.
Entlastungen für die Bürger und Konsumanreize durch eine jährliche Zukunftsanleihe finanzieren. Sie soll in Höhe von 2 Prozent auf Geld- und Immobilienvermögen privater Haushalte von über 750.000 € erhoben werden.	Senkung von Einkommenssteuern und Krankenversicherungsbeiträgen.	Die IG Metall hatte schon länger die Entlastung kleiner Einkommen gefordert. Hier gehen die Schritte in die richtige Richtung. Aber höhere Einkommen hätten deutlich stärker zur Finanzierung herangezogen werden müssen.

Keine Mitnahmeeffekte der Arbeitgeber zulassen

Beschäftigte schützen

Im Arbeitgeberverband Südwestmetall sind in den letzten Tagen Rufe nach Beiträgen der Beschäftigten zur Bewältigung der Krise laut geworden. Auf diesem Weg sollen die Lasten der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Das lehnt die IG Metall ab.

Zweite Stufe der Tarifierhöhung nicht verschieben

Ganz oben auf der vergangenen Freitag von Südwestmetall veröffentlichten Wunschliste steht die Verschiebung der zweiten Stufe der Tarifierhöhung im Mai. Betriebsräte sollen hier »ohne Widerstand« zustimmen, fordert nach Gutsherrenart Verbandschef Jan Stefan Roell. Der Tarifvertrag fordert aber für die Abweichung eine freiwillige Betriebsvereinbarung. Diese ist nicht im Kaserenhofen, sondern nur durch Überzeugung zu erhalten. Und dafür braucht man Argumente.

Die Erhöhung und die Einmalzahlung machen - auf die durchschnittlichen Gesamtkosten der Unternehmen betrachtet - gerade mal 0,3 Prozent aus. Betriebe, deren Probleme in dieser Größenordnung liegen, haben keine. Zudem: Die Argumente von Südwestmetall reichen nicht über den Tellerrand der Bilanz.

Gesamtwirtschaftlich und damit auch für eine wirksame Krisenbremse brauchen wir ein Mehr an Nachfrage. Man kann nicht morgens richtigerweise für staatliche Nachfrageimpulse streiten und mittags den Beschäftigten Geld vorenthalten.

Verschiebung nur gegen Beschäftigungssicherung

Klar ist: die wirtschaftliche Lage begründet aus Sicht der Beschäftigten nur dann eine Verschiebung, wenn Beschäftigung gesichert wird. Damit hier Beschäftigteninteressen nicht untergehen, bedarf es einer Zustimmung der Betriebsräte. Es ist daher keinesfalls tarifwidrig, wenn diese hierfür zur Voraussetzung machen, dass betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, Ausbildungsplätze erhalten und die unbefristete Übernahme von Ausgelernten gesichert werden.

Einkommen bei Kurzarbeit sichern

Auch die Mehrzahl der weiteren Vorschläge von Südwestmetall zielen darauf ab, die Situation zu nutzen um Arbeitnehmerrechte abzubauen. Dies betrifft auch die tarifliche Aufzahlung für Beschäftigte in Kurzarbeit. Am liebsten hätte Südwestmetall diese Rege-

lung, die auch in vielen anderen Branchen und Konzernen üblich ist, ganz weg. Zumindest soll an der Substanz kräftig geknabbert werden. So wurde flugs eine neue Rechenformel erfunden um damit kräftig zu Lasten der Kurzarbeiter Kosten zu sparen. Einige

besonders verbandshörige Betriebe wenden diese auch an. Die IG Metall wird in diesen Fällen die Beschäftigten auffordern ihre Entgeltansprüche geltend zu machen und wird sie bei der gerichtlichen Durchsetzung unterstützen.

Wir sagen **NEIN** zur Verschiebung der 2. Stufe

Norbert Rank, Audi in Neckarsulm, 13.420 Beschäftigte:



»Das Konjunkturpaket II entlastet die Unternehmen. Die Lohnerhöhung entlastet die Arbeitnehmer. Daher sage ich: Nicht verschieben.«

Herbert Hepper, Burkhardt &



Weber, 220 Beschäftigte: »Wir haben schon im November erklärt, dass

es eine Verschiebung nicht geben wird. Daran hat sich nichts geändert.«

Norbert Fandrich, Voith Paper Heidenheim, 1.860 Beschäftigte: »Wir sehen keinen Anlass die Tarifierhöhung zu verschieben.«

Arnim Eglauer, Tognum Industries Friedrichshafen, 6.000 Beschäftigte: »Für eine



Erich Klemm, Daimler AG, 140.000 Beschäftigte:

»Mit einer Verschiebung der Entgelterhöhung lösen wir keine Probleme im Unternehmen. Deshalb wird bei uns nicht verschoben.«

Harald Gans, Lauda in Kö-



nigshofen, 253 Beschäftigte: »Eine Verschiebung wäre fatal. Die Kaufkraft würde nicht gestärkt und es würde sich kontraproduktiv auf den privaten Konsum auswirken.«

Verschiebung der Tarifierhöhung gibt es keinen Grund. Die Auftragsbücher bei uns sind voll.«



Mitglied werden!



Beitrittserklärung

Name Vorname

STRASSE/HAUSNUMMER TELEFON

POSTLEITZAHL/WOHNORT GEBURTSDATUM

BETRIEB: NAME UND ORT

- z. Zt. vollbeschäftigt teilzeitbeschäftigt männlich weiblich
- Auszubildende/r bis voraussichtlich:
- gewerbl. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister

Nationalität Änderung des bisherigen Status

Mitgliedsbeitrag (1% des monat. Bruttogehalts) ab Monat

geworben durch (Name und Betrieb)

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. Bankleitzahl

Name des Kreditinstituts in PLZ Ort

Ich bestätige die erfassten Daten über meine Person sowie den Grund (Zugangsart) für die Eintragung dieser Daten. Ich bin hiermit darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet. Die für den Beitragseinzug nötigen Daten werden zwischen der IG Metall und dem Geldinstitut – bei Lohnabzug mit dem Arbeitgeber – ausgetauscht (übermittelt). Die Verwaltungsstelle informiert mich auf Wunsch über alle gespeicherten Daten. Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 % des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Ermächtigung erstreckt sich im Rahmen der von der Ortsverwaltung der IG Metall festgelegten Kassierungsart (§ 5 Ziff. 5 Satz 3 der Satzung) sowohl auf den Abruf von meinem Bankkonto, als auch auf den Einbehalt des Beitrags durch meinen Arbeitgeber in der jeweiligen Höhe. Dies schließt die Weitergabe der entsprechenden Daten an die IG Metall ein. Dieser Auftrag kann nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende bei der Verwaltungsstelle der IG Metall rückgängig gemacht werden. Alle Änderungen oder Unstimmigkeiten, die sich aus diesem Auftrag ergeben, kann ich nur bei der Verwaltungsstelle der IG Metall regeln. Die vorstehenden Daten werden zum Zweck der Mitgliederbetreuung von der IG Metall erhoben und unter Beachtung des BDSG verarbeitet. Weitere Empfänger dieser Daten sind die Service-Center der IG Metall. Den vorstehenden Hinweisen zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

Datum/Unterschrift des Antragstellers/Mitgliedes/Kontoinhabers

Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten oder an die IG Metall Verwaltungsstelle schicken